

Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.058.996

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)5154/J-NR/2021

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5154/J betreffend "Umsetzung EU-Aufbau- und Resilienzfazilität nicht verschlafen: umfassende Konsultationen starten!", welche die Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen am 25. Jänner 2021 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 9 der Anfrage:

1. *Welche Prioritäten verfolgt die Bundesregierung bei der Umsetzung dieses Programms?*
1. *Welche anderen Prioritäten außer grüne und digitale Investitionen und Reformen werden im nationalen Programm zur RFF verfolgt werden?*
2. *Wie werden die zur Verfügung stehenden Mittel auf die Prioritäten prozentuell aufgeteilt werden?*
3. *Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen der Nutzung der Mittel aus der EU-Aufbau- und Resilienzfazilität? (geordnet nach konkreten Projekten)*
 - a. *Wie viele dieser Maßnahmen befinden sich bereits im Regierungsprogramm?*
 - a. *Wie viele dieser Maßnahmen befinden sich nicht im Regierungsprogramm?*
4. *Wann und in welchem Rahmen wurde mit der nationalen Umsetzung dieses Programms begonnen?*
5. *Wie sieht der konkrete Zeitplan vom Beginn des Umsetzungsprozesses bis zur Übermittlung des nationalen Programms an die EK aus? (nicht allgemein zum Europäischen Semester sondern konkret zum RFF)*
6. *Einbindung anderer Bundesministerien:*

- a. *Welche anderen Bundesministerien sind bei der Erstellung des nationalen Umsetzungsplans eingebunden?*
- b. *Wann wurden die anderen Bundesministerien damit befasst? (Datum des entsprechenden Dienstzettels)*
7. *Einbindung der Bundesländer:*
 - a. *Wurden die Bundesländer in den Prozess eingebunden?*
 - b. *Wenn ja:*
 - i. *Wann und wie fand die Einbindung statt?*
 - i. *Wurden bereits Forderungen vonseiten der Bundesländer bekanntgegeben? Wenn ja, welche?*
8. *Öffentliche Konsultation:*
 - a. *Wie sieht Zeitplan und Ausgestaltung der öffentlichen Konsultation aus?*
 - b. *Welche Stakeholder sind bei der Erstellung des nationalen Umsetzungsplans eingebunden?*
 - i. *Welche Sozialpartner und sonstige Interessenvertreter_innen wurden eingebunden?*
 - i. *Welche Unternehmensvertreter_innen wurden eingebunden?*
 - ii. *Welche Expert_innen aus der Wissenschaft wurden eingebunden?*
 - iii. *Welche NGOs wurden eingebunden?*
 - iv. *Welche sonstigen Vertreter_innen wurden eingebunden?*
 - v. *Ist eine breite Einbindung der Öffentlichkeit geplant?*
 1. *Wenn ja, wie und wann?*
 1. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wann und wie wurden die oben genannten Stakeholder eingebunden? (differenzieren Sie nach Gruppen und Formaten)*
 - c. *Welche Leuchtturmprojekte wurden bisher im Rahmen des Konsultationsverfahrens identifiziert?*
 - i. *Wie viele dieser Projekte befinden sich bereits im Regierungsprogramm?*
 - i. *Wie viele dieser Projekte befinden sich nicht im Regierungsprogramm?*

Dazu ist zuständigkeitshalber auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5153/J durch den Herrn Bundesminister für Finanzen zu verweisen.

Antwort zu Punkt 10 der Anfrage:

9. *Kontakt mit der Europäischen Kommission:*
 - a. *Wann und auf welcher Ebene wurde bilateral Kontakt mit der Europäischen Kommission über die Ausgestaltung des nationalen Umsetzungsplanes zum RFF*

aufgenommen? (Unterscheiden Sie zwischen Minister, Sektionsleitung und Abteilungsleitung)

- i. Wie oft vor dem 1.1.2021?*
- i. Wie oft im Jänner 2021?*
- ii. Wie oft im Februar 2021?*
- iii. Wie oft im März 2021?*
- a. Welche Rückmeldung haben Sie im Rahmen dieses Austausches von der Europäischen Kommission erhalten?*
- b. Wie wurden die Anregungen der Europäischen Kommission in dem Prozess berücksichtigt?*

Derartige bilaterale Kontakte haben nicht stattgefunden. Bedienstete meines Ressorts haben aus dienstlichem Interesse fallweise lediglich an von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich angebotenen Informationsveranstaltungen teilgenommen.

Wien, am 25. März 2021

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

